

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Postfach 1000
Verlag: Postfach 1000
Schulze: Postfach 1000
Verlag: Postfach 1000

Bezugspreis: bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 3,40 RM, einschließlich 30 Pfg. für
Zustellung, durch Postweg 3,40 RM, einschließlich 30 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr)
bei einmaliger Lieferung, Einzelnummer 10 Pfg., außerorts 15 Pfg. Anzeigen-
preise: Die erste Spalte 30 mm breite Seite 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und
Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerorts 15 Pfg., die 90 mm breite Zeilenbreite 200 Pfg.,
außerorts 250 Pfg. Offerteneinträge 30 Pfg. Auswärtige Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Strich & Reichardt,
Dresden, Postfach 1000, 1000 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Verlag, Druck, Vertrieb, Anzeigen-
Schulze) werden nicht anberührt

Die Schwierigkeiten des Reichskabinetts

Eine Milliarde Mark Defizit?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Sept. Das Reichskabinett setzte heute während des ganzen Tages die Beratungen über sein Arbeitsprogramm fort. Man hofft nun, im Laufe des Sonnabendvormittags die Besprechungen abschließen zu können und will das Regierungsprogramm am Sonnabend nachmittag zur Veröffentlichung bringen. In der kommenden Woche sollen dann die mit den Parteien vorgesehene Besprechungen stattfinden. Bisher sind allerdings über diese Verhandlungen noch keine weiteren Bestimmungen getroffen worden. Auch zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Reichskanzler Dr. Brüning soll eine eingehende Besprechung der politischen Lage stattfinden. In diesem Zwecke steht der preussische Ministerpräsident, der sich zur Zeit auf einem Erholungsurlaub befindet, am Dienstag nach Berlin zurück.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Reichskanzler Dr. Brüning vom preussischen Ministerpräsidenten Braun eingehende Mitteilungen darüber zu erhalten hofft, unter welchen Umständen die Sozialdemokratische Partei bereit sei, das Kabinett Brüning zu stützen.

Für die Beurteilung der koalitionspolitischen Lage sind von besonderer Bedeutung auch die Formulierungen, zu denen heute Fraktion und Reichsanstalt der Wirtschaftspartei gelangten. Die Wirtschaftspartei hat danach ihre bereits bekanntgegebene Stellungnahme, auf keinen Fall mit der Sozialdemokratie zusammen zu regieren, nochmals nachdrücklich unterstrichen.

„Die Wirtschaftspartei“, so wird ausdrücklich erklärt, „wird sich an keiner Regierung beteiligen, auf die die Sozialdemokratie Einfluß nimmt.“

Das Verbleiben in der bestehenden oder die Teilnahme an einer neu zu bildenden Regierung wird davon abhängig gemacht, daß sich aus dem Gesamtprogramm der Regierung der Wille erkennen läßt, radikal mit der sozialistischen Wirtschaft, Finanz- und Steuerpolitik Schluss zu machen. Andererseits ist auch, daß die Wirtschaftspartei eine Aenderung der außenpolitischen Bindungen mit dem Ziele insbesondere der Revision des Youngplans und des Friedensvertrages verlangt. Von dem Aussehen des neuen Regierungsprogramms und der Stellungnahme, die die Parteien dazu einnehmen werden, wird es abhängen, wie sich die Lage des Kabinetts Brüning gestalten wird.

Sehr interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Artikel, die der Präsident der Reichsanstalt Zyrup zur Zeit in einer volkswirtschaftlichen Zeitschrift erscheinen läßt. Dr. Zyrup spricht sich nachdrücklich gegen die vom Kabinett ausgedrückte geplante Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 6,5 Prozent aus und erklärt, daß eine derartig hohe Belastung weder den Arbeitgebern noch den Arbeitnehmern zugunsten werden kann.

Man darf wohl annehmen, daß der Präsident der Reichsanstalt mit dieser seiner Auffassung auch den Vorstand der Reichsanstalt hinter sich hat. Zugleich wird offenbar, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei ihren Besprechungen innerhalb des Vorstandes der Reichsanstalt keine Basis für eine Zusammenarbeit gefunden haben. Mit diesem Tatbestand mußte sich das Reichskabinett in seinen Beratungen auseinandersetzen. So sehr die geplanten Vorlagen der Reichsregierung dem Gedanken einer Großen Koalition entgegenzukommen scheinen, so stellt doch die Haltung des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ein ernstes Hindernis für diese Absichten dar. Das ist um so bemerkenswerter, als die Reichsregierung bekanntlich ihre Maßnahmen im Benehmen mit dem Vor-

stand der Reichsanstalt treffen soll. Da der Vorstand der Reichsanstalt zu keinem bestimmten Beschluß gekommen ist, liegt die ausschließliche Verantwortung jetzt bei der Reichsregierung. Es bleibt die theoretische Möglichkeit, daß das Reich das bisher errechnete neue Gesamtdefizit der Reichsanstalt in Höhe von 400 Millionen Mark auf sich nimmt. Ob sich das aber praktisch ermöglichen lassen wird, ist eine andere Frage.

Nun spricht man davon, daß das Kabinett sich auch mit dem Gedanken trage, einen sogenannten Ueberbrückungskredit in Höhe von einigen hundert Millionen Mark — man nennt die Summe von 600 Millionen — aufzunehmen,

um so die Schwierigkeiten, die sich durch den Ausfall von Steuern und durch die Belastung des Etats infolge des Fehlbetrags der Arbeitslosenversicherung ergeben haben, zu überwinden. Dieser Ueberbrückungskredit soll dann in den Jahren 1931 bis 1932 abgetragen werden. Ob ein solcher Ueberbrückungskredit auch zur Deckung des Defizits der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung herangezogen würde, ist augenblicklich in keiner Weise zu erkennen. Vielmehr spricht man sogar davon, daß dieser Kredit für die Arbeitslosenversicherung nicht in Frage käme, daß deren Defizit vielmehr auf andere Weise zu decken sei, so daß das Kabinett rezuverieren wäre.

Die doch recht erhebliche Summe von 1 Milliarde Mark im Laufe der nächsten Monate sich zu beschaffen.

Allerdings läßt sich dadurch, daß eben die amtlichen Stellen über den Verlauf der Kabinettsberatungen vollstes Stillschweigen bewahren und man zur Beurteilung der momentanen Finanzlage des Reiches lediglich auf Vermutungen angewiesen ist, kein genauer Ueberblick über die tatsächlichen Finanzverhältnisse gewinnen.

Baugoin mit der Kabinettsbildung betraut

Wien, 26. Sept. Der Bundespräsident hat heute nachmittags den Vizekanzler Karl Baugoin in nach einer längeren Ansprache mit der Neubildung des Kabinetts betraut und ihn aufgefordert, umgehend die hierzu nötigen Verhandlungen aufzunehmen.

Der mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragte Vizekanzler Baugoin ist 57 Jahre alt. Er war Rechnungsbeamter des Landes Niederösterreich. 1912 wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt. 1915 rückte er zur Kriegsdienstleistung ein und stand bis Kriegsende als Rittmeister im Felde. Von 1918 bis 1920 bekleidete er das Amt eines Stadtrats von Wien. Im Jahre 1920 wurde Baugoin in den Nationalrat gewählt und 1921 zum Bundesminister für Österreich ernannt, welches Amt er leither mit kurzer Unterbrechung bekleidete. 1929 wurde Baugoin zum Vizekanzler und 1930 nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers Dr. Seipel vom christlichsozialen Parteilager einstimmig zum Bundesparteiobmann gewählt.

Die Verhandlungen zur Bildung einer Regierung, wie sie im letzten Kabinett bestand, gehen inzwischen weiter. Es werden Ministerlisten verbreitet, die aber keinen Anspruch auf Richtigkeit und Vollständigkeit haben. Zutreffend ist allerdings, daß der ehemalige Bundeskanzler Dr. Seipel, der am Montag aus Oslo in Wien eintrifft, für den Posten des Außenministers in Frage kommt. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß Dr. Seipel später wieder an die Stelle des Bundeskanzlers tritt, die er bereits dreimal bekleidet hat.

Der Preisabbau am Weltmarkt

Von Professor Dr. Fritz Sadom, Berlin

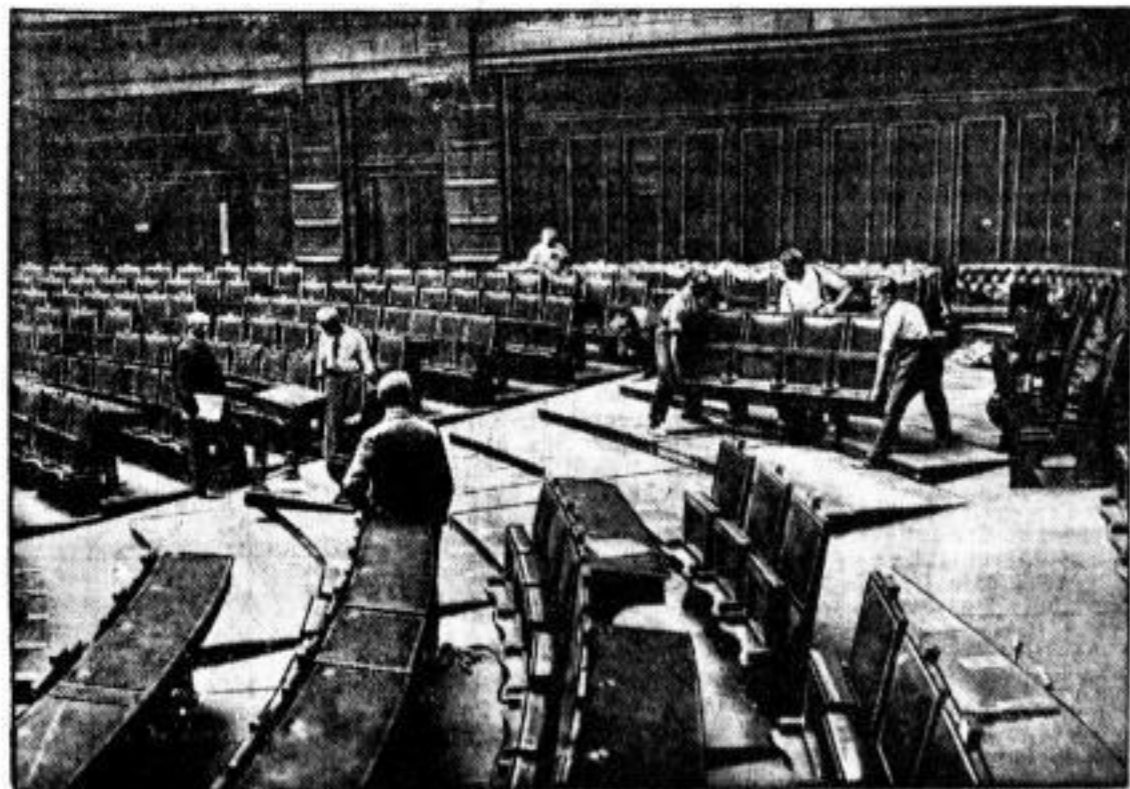
Die schwere Krise der Weltwirtschaft kommt auch in dem langsamen, aber stetigen Preisrückgang auf den Rohstoffmärkten zum Ausdruck. Bei einer Reihe von Erzeugnissen, die für die internationale Markterzeugung sehr erhebliche Bedeutung besitzen, hat sich eine Annäherung der Preise an das Vorkriegsniveau vollzogen, bei einer Anzahl von Produkten, wie Zunder, Zute, Zinn und Kupfer, dieses sogar beträchtlich unterschritten. Die sinkende Weltmarktrendenz ist eine allgemeine geworden und findet ihren Ausdruck darin, daß die Indexziffern für die Großhandelspreise der wichtigsten Länder gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1928 um 10 bis 20 Prozent zurückgegangen sind.

Der Sturz der Rohstoffpreise hat aber das Gesamtniveau der Konsumpreise noch wenig beeinflusst. Die Preise der Fertigfabrikate sind der rückläufigen Bewegung der Rohstoffpreise nur zögernd gefolgt. Man wird in dieser Erscheinung offenbar nicht nur die Wirkung kartellmäßiger Bindung sehen können; denn auch den stärksten Subsidierungen kommt gegenüber der Wirkung von Angebot und Nachfrage nur beschränkte Bedeutung zu, wie es z. B. das Kupferkartell und die Internationale Rohstoffgemeinschaft erfahren haben. Wichtiger ist die Tatsache, daß fast alle Betriebskosten, vor allem die sogenannten „fixen Kosten“, unverändert geblieben sind. Je weiter sich eine Ware vom Rohprodukt entfernt, um so größer wird der Anteil der fixen gebliebenen Kostenfaktoren. Nicht nur die Investitions- und Tilgungskosten haben im Vergleich mit der Vorkriegszeit bedeutend zugenommen, sondern es sind auch die Zölle, Steuern und sozialen Abgaben erhöht. Hinzu kommt die Zerstückelung der Produktions- und Absatzgebiete, wodurch die Erzeugung in einem Maße unrationell geführt werden muß, daß alle technischen Verbesserungen der Erzeugungsanlagen diesen Nachteil nicht ausgleichen können.

Für die Rückläufigkeit der Rohstoffpreise sind mehrere Ursachen maßgebend gewesen. Bei einer Anzahl der Rohstoffe war dem Preissturz eine Uebererzeugung der Erzeugung vorangegangen, deren Anfänge bis in die Zeit des starken Rohstoffbedarfs der Kriegsjahre und des Wiederauffüllungsbedarfs der ersten Nachkriegsjahre zurückreichen. Damals sind für die meisten dieser Produkte die Preise überhöht worden, und diese Ueberhöhung hat dazu beigetragen, die Anbauflächen zu erweitern und neue Rohstofflager zu erschließen. Aber nicht nur durch diese bedeutende Steigerung der Erzeugung, die gegenüber der Vorkriegszeit z. B. bei Zinn 40 Prozent, bei Nichteisenmetallen 50 bis 100 Prozent, bei Kupfer das Sechsfache beträgt, wurden die Preise beeinflusst. Die Chemie liefert mehr als früher industrielle Stoffe, wie Aluminium und Kunststoffe. Die Aluminiumerzeugung ist von 1913 bis 1928 von 65.000 auf 227.000 Tonnen gestiegen, während die Erzeugung von Kunststoffe, die vor dem Kriege überhaupt keine Rolle spielte, heute über 175.000 Tonnen beträgt. Technische Verbesserungen der Produktionsprozesse, erweiterte und erleichterte Transportmöglichkeiten haben die Expansion der Rohstoffgebiete gefördert und so zu einer Ueberproduktion geführt, die schließlich zusammenbrechen mußte. Ähnliche Verhältnisse haben ja auch die Konsumstoffe der Jahre 1929 und 1930 verursacht.

Man hat fast überall versucht, die Zwangsläufigkeit der kommenden Zusammenbrüche durch Valorisierung auszuhalten, indem man durch Magaziniertung des überflüssigen Teils der Produkte und durch künstliche Beschränkung der Anbaufläche (Restriktion) die Preise zu stützen versuchte. Gummi und Kaffee sind die deutlichsten Beispiele dafür. Durch künstliche Maßnahmen versuchte die englische bzw. brasilianische Regierung im Interesse der Pflanzer den Preis hochzuhalten, so daß der natürliche Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage verhindert und die Kunst sogar vergrößert wurde; denn der hochgehaltene Preis bewirkte eine ständige Erweiterung der Plantagen. Wachsende Vorräte waren die Folge bei Kaffee und eine ständige Zurückdrängung der kontrollierten britischen Produzenten durch die holländischen und eingeborenen Erzeuger bei Gummi. Die aufgestapelten Vorräte haben nach dem Zusammenbruch der Valorisierung die Märkte überschwemmt. Weniger deutlich aber im Grunde ebenso liegt der Fall beim Getreide, wo der kanadische Weizenpool und offizielle Organe in den Vereinigten Staaten und Argentinien die Neuulterung des Marktes versuchten. Auch bei Petroleum, Blei und Zinn, Kakaos und Zucker, zum Teil auch bei Baumwolle und Rohseide, haben diese Versuche keinen Erfolg gehabt.

Nicht zuletzt ist auf die Vorgänge im Fernen Osten hinzuweisen; die dauernden kriegerischen Wirren haben dort einen Bedarfsausfall hervorgerufen, der unter anderem in rückläufigen Preisen zum Ausdruck kommen muß. Der Rückgang der Preise wichtiger Rohstoffe und Lebensmittel hat bereits die Kaufkraft der Rohstoffe ausführenden Länder, besonders Südamerikas, Australiens und Kanadas, empfindlich geschwächt und die Fabriken, einzeln dortin teilweise schon unterbunden. Es wird daher



Platz für die 576 Reichstagsabgeordneten!

Der Umbau des Sitzungssaals des Reichstags nur die ersten fünf Reihen sind noch mit Schreibpulten ausgestattet, die den Parteilägern und den älteren Parlamentariern vorbehalten bleiben. Durch die Wegnahme aller übrigen Pulte ist Platz für die 50 Abgeordneten, um die der Reichstag stärker geworden ist, geschaffen worden.